

12. Sept. 1973

(Nr. 11 718) Schriftliche Beantwortung der Interpellation Rothen vom 25. Juni 1973 betreffend Freihandelsvertrag und Entwicklungsländer

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 7. September 1973

Antragsgemäss hat der Bundesrat

b e s c h l o s s e n :

Die Antwort auf die Interpellation Rothen wird genehmigt (siehe Beilage)

Mitteilung:

An den Nationalrat, durch die Bundeskanzlei

Protokollauszug an:

- BK 4 (Hb, Br, Sa, AS) zum Vollzug
- EVD 6 (GS 3, HA 3) zur Kenntnis

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:

Schubert

Nationalrat

(11718) I Rothen - Freihandelsvertrag und Entwicklungsländer (25. Juni 1973)

Im Freihandelsvertrag Schweiz-EWG werden in einem Zusatzprotokoll sogenannte "Ursprungsregeln" festgehalten, welche bestimmen, welche in der Schweiz hergestellten Waren in den Genuss der von der EWG gewährten Zollvergünstigungen oder Zollbefreiung gelangen.

Diese Ursprungsregeln verlangen eine weitgehende Verarbeitung der Rohstoffe in der Schweiz oder in einem EWG-Land. Durch diese Bestimmung werden die Entwicklungsländer in der Verarbeitungsmöglichkeit ihrer eigenen Rohstoffe weitgehend eingeschränkt, obwohl sie wegen der gewaltigen Arbeitslosigkeit dringend darauf angewiesen wären. Ferner können die Entwicklungsländer auch einen Teil der Zollvergünstigungen, die man ihnen im Rahmen des allgemeinen Präferenzsystems zugestanden hat, nicht ausnützen, da die Präferenzberechtigung bei späteren Verarbeitungsstufen nicht mehr berücksichtigt wird.

Ich frage deshalb den Bundesrat an:

- Ist der Bundesrat auch der Ansicht, dass den Entwicklungsländern ihr Anteil am Wachstum des Welthandels zu erhalten ist?
- Was gedenkt der Bundesrat zu tun, um derartige Diskriminierungseffekte gegenüber den Entwicklungsländern zu beseitigen oder allenfalls zu kompensieren?
- Könnte das Bundesgesetz über Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe, insbesondere dessen Artikel 6 Buchstabe c die notwendige Rechtsgrundlage für Massnahmen in diesem Zusammenhang bilden?

Mitunterzeichner: Baumgartner, Bircher, Gerwig, Haller, Hubacher, Müller-Luzern, Müller-Bern, Reiniger, Renschler, Schwendinger, Stich, Waldner, Ziegler. (13)

Begründung:

Einer der entscheidenden Punkte des Freihandelsabkommens sind die sogenannten Ursprungsregeln. Im Vertragswerk zwischen der Schweiz und der EWG werden diese Re-

geln festgehalten. Sie umfassen jene Bestimmungen, die den Waren eine Art Heimatschein verleihen. Nur wenn eine Ware als sogenanntes "Erzeugnis mit Ursprung in der Schweiz" behandelt wird, kommt sie in den Genuss der von der EWG gewährten Zollvergünstigung oder Zollbefreiung. Selbstverständlich gilt dies analog für den Warenverkehr in umgekehrter Richtung. Mit solchen Ursprungskriterien soll verhindert werden, dass nicht-europäische Handelsfirmen die Aussenzölle der EWG umgehen, indem sie ihre Waren zuerst in die Schweiz mit ihren tieferen Zöllen und von hier als angeblich schweizerische Erzeugnisse zollfrei in die EWG bringen. Der Vertrag Schweiz-EWG schreibt vor, dass eine Ware nur dann als Erzeugnis mit Ursprung in der Schweiz gilt, wenn sie in der Schweiz eine bestimmte vorgeschriebene Verarbeitung erfahren hat. Die erforderliche Veränderung durch den Verarbeitungsprozess wird dadurch definiert, dass die Ware in der Liste des Zolltarifs von einer Warenkategorie in die andere wechselt (Zollsprung). Wenn sie bei der Verarbeitung in der Schweiz den vorgeschriebenen Zollsprung nicht erreicht, muss sie beim Import in die EWG genau gleich verzollt werden, wie wenn sie aus einem aussereuropäischen Drittland stammte.

Die im Abkommen Schweiz-EWG vorgesehenen Ursprungsregeln haben bestimmte nachteilige Konsequenzen für die Entwicklungsländer. Wenn man annimmt, ein Schweizer Textilunternehmer möchte zum Beispiel Herren-, Damen- oder Kinderkleider, Unterwäsche, Krawatten, Hemden usw. in die EWG exportieren, wird er durch das Freihandelsabkommen von der Zollvergünstigung und ab 1977 von der Zollbefreiung profitieren können, sofern diese Kleider als Erzeugnisse mit Ursprung Schweiz gelten. Dieser Ursprung ist dann gegeben, wenn sich die Verarbeitung in der Schweiz oder in einem andern europäischen Land von der Stufe Garne bis zu den fertigen Kleidern erstreckt, nicht aber, wenn sie von einer Zwischenstufe, zum Beispiel von Geweben und unkonfektionierten Stoffen, ausgeht. Wenn der Schweizer Fabrikant die Gewebe und Stoffe aus einem Entwicklungsland bezieht, diese in der Schweiz zu Kleidern verarbeitet und danach in die EWG exportiert, so muss er trotz Zollfreiheit noch EWG-Zölle (im Ausmass der EWG-Aussenzölle für Kleider) dazuschlagen lassen, weil diese Kleider nicht als Erzeugnis mit Ursprung in der Schweiz gelten. Bezieht er aber die benötigten Gewebe aus einem andern europäischen Land, so kann er die vorangehende Verarbeitung (das Weben der Garne) zu seiner Verarbeitung hinzuzählen; die Kleider gelten dann als schweizerisches Erzeugnis und müssen nicht mehr verzollt werden.

Wer bisher die zur Kleiderherstellung benötigten Gewebe aus einem Entwicklungsland bezogen hat, wird nun wahr-

scheinlich gezwungen werden, entweder das Weben der Garne selbst durchzuführen oder die Gewebe aus einem europäischen Land zu beziehen. Vom Entwicklungsland werden also nicht mehr die Gewebe, sondern bestenfalls deren Vorstufen, die Garne oder sogar die Rohfasern, bezogen. Dies bedeutet, dass man den Entwicklungsländern eine Verarbeitungsmöglichkeit ihrer eigenen Rohwaren entzieht, auf die sie wegen ihrer gewaltigen Arbeitslosigkeit dringend angewiesen wären. Diese Benachteiligung der Entwicklungsländer trifft nicht nur in diesem Beispiel zu, sondern gilt für Hunderte von Erzeugnissen. Für viele Halbfabrikate bedeutet dies vor allem eine Beschneidung von zukünftigen, nicht nur von gegenwärtigen Exportmöglichkeiten der Entwicklungsländer.

Wir können im Moment die Ausmasse der gegenwärtigen und in Zukunft möglichen Handelsumlenkung nicht abschätzen. Tatsache ist, dass die wirtschaftliche Integration Europas zwar innerhalb des Kontinents die Arbeitsteilung fördert, aber gleichzeitig die Drittstaaten ausserhalb Europas hindern wird, im gleichen Mass an der Handelsausweitung von verarbeiteten Erzeugnissen teilzunehmen.

Tatsache ist auch, dass die Entwicklungsländer durch die nunmehr praktizierten Ursprungsregeln und Kumulationsbestimmungen der EWG einen Teil der Zollvergünstigungen, die man ihnen im Rahmen des allgemeinen Präferenzsystems zugestanden hat, nicht ausnützen können. Denn nach späteren Verarbeitungsstufen wird nicht mehr berücksichtigt, ob die verwendeten Zulieferungen nun präferenzberechtigt sind oder nicht. Im obigen Beispiel heisst dies, dass die EWG keine Rücksicht nimmt, ob das vom Schweizer Fabrikanten verwendete Gewebe aus einem Entwicklungsland stammt oder nicht. Sie wird beim Grenzübertritt der Kleider aus der Schweiz einen Zoll erheben, selbst wenn sie beim Direktimport der verwendeten Art von Geweben einen Vorzugszoll oder Zollbefreiung gewähren würde.

Antwort des Bundesrates

1. Der Anteil der Entwicklungsländer am globalen Aussenhandel ist leicht rückläufig; er ging nämlich von 20,8% im Jahre 1962 auf 17,6% im Jahre 1970 zurück. Diese Gesamtentwicklung sollte jedoch noch etwas eingehender analysiert werden. Während das Welttotal der Ausfuhren - gemäss einer vom Sekretariat der UNCTAD kürzlich veröffentlichten Untersuchung - in diesem Zeitraum durchschnittlich um 10,4% im Jahr anstieg (von 141 Mia Dollars auf 311 Mia Dollars, berechnet zu Marktpreisen), betrug die entsprechende Wachstumsrate der Exporte der Entwicklungsländer 8,0% (von 29,5 Mia Dollars auf 54,7 Mia Dollars). In erster Linie wurde diese Tendenz durch die

Entwicklung von Angebot und Nachfrage der Rohwaren beeinflusst, da diese nach wie vor den grössten Teil der Exporte der Entwicklungsländer ausmachen, auch wenn sie in den Gesamtexporten der Entwicklungsländer anteilmässig in der Zeit von 1962 bis 1970 von 89% auf 82% zurückgegangen sind.

Allerdings haben sich bekanntlich in jüngster Zeit die Verhältnisse auf den meisten Rohstoffmärkten wesentlich verändert. Die Preise zahlreicher wichtiger Rohstoffe haben stark angezogen; so stieg zum Beispiel der Reuter-Index der Rohwaren, der sich auf die in London gehandelten Waren bezieht, innerhalb eines Jahres bis Mitte Juli 1973 um rund 80%, eine Teuerung, die seit der Zeit des Koreakrieges nicht mehr festzustellen war. Voraussichtlich dürften diese Werte in nächster Zeit auch in einer Verbesserung des Anteils der Entwicklungsländer am Welthandel zum Ausdruck kommen. Ob indessen die Hausse an diesen Rohstoffmärkten andauern wird, ist schwer vorauszusagen. Ebenso darf kaum erwartet werden, dass von diesem Preisauftrieb heute schon Einflüsse ausgehen, die auf eine Verbesserung der allgemeinen Produktionsstruktur dieser Länder hinarbeiten.

Schränkt man diese Betrachtung auf den internationalen Handel mit Industrieprodukten ein, die im Zusammenhang mit der zweiten vom Interpellanten gestellten Frage vor allem berücksichtigt werden müssen, so ergibt sich ein wesentlich anderes Bild. Von 1962 bis 1970 sind die Ausfuhrer der Entwicklungsländer im Bereiche der Industrieprodukte stetig von 3,1 Mia Dollars auf 9,6 Mia Dollars angestiegen. Sie haben sich in diesem Zeitraum also mehr als verdreifacht, während das Welttotal der Ausfuhrer in der gleichen Periode von 75 Mia Dollars auf 190 Mia Dollars zugenommen hat. 1970 sind denn auch 18% der gesamten Ausfuhrer der Entwicklungsländer auf Industrieprodukte entfallen, gegenüber 11% im Jahre 1962. Die Ausfuhrer der Industrieprodukte aus Entwicklungsländern sind im Jahresdurchschnitt schneller gewachsen (15,2%) als die Ausfuhrer aller Länder. Dementsprechend hat sich der Anteil der Entwicklungsländer an der weltweiten Ausfuhr von Industrieprodukten von 4,1% im Jahre 1962 auf 5,1% im Jahre 1970 erhöht. Es darf erwartet werden, dass dieser noch relativ bescheidene Anteil sich in den kommenden Jahren weiter vergrössern wird. Diese generellen Zahlen verdecken aber, dass zum Teil beträchtliche Unterschiede zwischen den einzelnen Entwicklungsländern selbst herrschen. Nicht alle sind auf dem Wege der Industrialisierung, und für einige hat sich die Lage in den letzten Jahren praktisch kaum verbessert.

Ein noch etwas günstigeres Bild von der Entwicklung des Handels der Entwicklungsländer darf gezeichnet werden, wenn deren Lieferungen von Industrieprodukten nach den marktwirtschaftlich organisierten Industriestaaten betrachtet werden. Im Jahre 1970 haben die Entwicklungsländer Industrieprodukte im Werte von 5,8 Mia Dollars nach den Industriestaaten geliefert, gegenüber 1,64 Mia Dollars im Jahre 1962.

Innerhalb des betrachteten Zeitraums haben also die Bezüge der westlichen Industriestaaten von verarbeiteten Produkten aus Entwicklungsländern um das Dreieinhalbfache zugenommen.

Der Bundesrat ist durchaus der Auffassung, dass es grundsätzlich erwünscht ist, den Anteil der Entwicklungsländer am Wachstum des Welthandels zu erhalten. Dementsprechend wird sich auch die Schweiz im Rahmen der kommenden GATT-Verhandlungen für gezielte Massnahmen zugunsten der Entwicklungsländer aussprechen. Die voranstehende kurze Darstellung der Entwicklung in den letzten 10 Jahren zeigt jedoch, dass gerade in der für den Gegenstand der Interpellation wichtigen Bereich der Industrieprodukte dieses Ziel erreicht worden ist.

2. Das Wesen einer Freihandelszone, an der Länder mit unterschiedlichen Zolltarifen gegenüber Drittstaaten teilnehmen, bedingt, dass ein System von Ursprungsregeln geschaffen wird, um Handelsverzerrungen zu vermeiden. Die entsprechenden Ursprungsregeln mussten zwischen der EWG und ihren Freihandelspartnern in einheitlicher Weise ausgearbeitet werden. Man bemühte sich dabei, sie in bezug auf ihre Auswirkungen auf Drittstaaten neutral zu gestalten. Schon nur wegen dem Erfordernis, die Freihandelsabkommen den GATT-Vertragsparteien zu unterbreiten, waren die an diesen Abkommen beteiligten Staaten zu einem derart umsichtigen Vorgehen angehalten.

Der Bundesrat erwartet, dass diese Ursprungsregeln keine negativen Folgen für die Entwicklungsländer haben sollten. Ob sie sich jedoch in dem vom Interpellanten erwähnten Sinne auswirken werden, wird erst die Praxis zeigen können. Die in der Begründung der Interpellation aufgeführten Beispiele aus dem Bereich der Bekleidungsindustrie lassen vorderhand keinen solchen Schluss zu. Unseres Wissens kam es schon vor dem Abschluss des Abkommens relativ selten vor, dass schweizerische Unternehmen mit bereits in Entwicklungsländern wesentlich verarbeiteten Halbfabrikaten Fertigprodukte herstellten, die schliesslich nach dem europäischen Freihandelsraum ausgeführt wurden. Das Schwergewicht der Ausfuhren der Entwicklungsländer nach der Schweiz liegt vielmehr bei den Roh- und Grundstoffen oder aber bei bereits fertig konfektionierten Kleidern vornehmlich aus Entwicklungsländern des Fernen Ostens, wobei in diesem letzten Beispiel die Schweiz ohnehin Endverbraucher-Land ist.

Wenn aber wider Erwarten gewisse vom Interpellanten erwähnte Nebenwirkungen der Ursprungsregeln der von den EFTA-Staaten mit den Europäischen Gemeinschaften abgeschlossenen Abkommen tatsächlich die Exportmöglichkeiten von Drittstaaten in beträchtlicher Weise berühren sollten, so sehen übrigens die Vertragspartner vor, dass die Ursprungsregeln nach einer gewissen Einführungszeit überprüft werden können. Institutionell besteht also die Möglichkeit, dass zu gegebener Zeit die Vertragsstaaten allfälligen konkreten Problemen, wie sie vom Interpellanten anvisiert sind, gemeinsam Rechnung tragen können.

3. Artikel 6 Buchstabe c des in Beratung stehenden Bundesgesetzes über Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe bietet nach Auffassung des Bundesrates keine rechtliche Grundlage für Massnahmen in diesem Zusammenhang, da diese Angelegenheit durch das mit der EWG abgeschlossene Freihandelsabkommen geregelt ist.

CONSEIL NATIONAL

(11718) I Rothern - Accord de libre-échange et pays du tiers monde (25 juin 1973)

Un protocole additonal de l'accord de libre-échange entre la Suisse et les Communautés européennes contient les règles dites "d'origine", qui déterminent quelles sont les marchandises fabriquées en Suisse qui bénéficient des avantages en matière douanière ou de l'exonération de droits de douane accordés par la CEE.

Ces règles exigent que les matières premières soient ouvrées dans une large mesure soit en Suisse, soit dans un pays de la CEE. Or, il en résulte pour les pays du tiers monde une diminution sensible des possibilités d'ouvrir leurs propres produits bruts, quoiqu'ils en aient un urgent besoin étant donné le fort chômage qui sévit chez eux. En outre, les pays en voie de développement ne peuvent pas bénéficier d'une partie des avantages douaniers qu'on leur a accordés dans le cadre du système préférentiel général, car il n'est pas tenu compte du droit au tarif préférentiel à des stades d'ouvrison ultérieurs.

Le Conseil fédéral est par conséquent invité à répondre aux questions suivantes:

- Est-il d'avis qu'il faut maintenir la participation des pays du tiers monde au développement du commerce mondial?
- Qu'a-t-il l'intention de faire pour détruire ou au besoin compenser les effets d'une telle discrimination à l'égard des pays en voie de développement?
- La loi fédérale sur la coopération au développement et l'aide humanitaire internationales, et en particulier son article 6, lettre c, pourraient-ils constituer la base juridique nécessaire des mesures à prendre dans ce domaine?

Cosignataires: Baumgartner, Bircher, Gerwig, Haller, Hubacher, Müller-Luzern, Müller-Berne, Reiniger, Renschler, Schwendinger, Stich, Waldner, Ziegler. (13)

Développement:

Les règles dites "d'origine" constituent l'un des points cruciaux de l'accord de libre-échange. Elles sont fixées dans un protocole additionnel de l'accord conclu entre la Suisse et les Communautés européennes et renferment les dispositions qui décernent une sorte de "certificat d'origine" aux produits. Une marchandise ne sera mise au bénéfice de l'avantage en matière douanière ou de l'exonération de droits de douane accordée par la CEE que si elle est considérée comme "produit d'origine suisse". Bien entendu, une règle semblable s'applique aux échanges de marchandises qui ont lieu en sens contraire. Ces critères d'origine doivent empêcher que des maisons de commerce extra-européennes n'éluent les droits de douane que la CEE perçoit sur les importations de marchandises en provenance de pays situés en dehors de sa zone; ces pays pourraient en effet exporter tout d'abord leurs marchandises à destination de la Suisse, où les droits de douane sont bas puis, à partir de là, les faire entrer en franchise de douane dans l'aire de la CEE, où elles seraient considérées dès lors comme des produits prétendument suisses. Le traité conclu entre la Suisse et la CEE prévoit qu'une marchandise ne sera considérée comme produit originaire de Suisse que si elle a été ouvrée chez nous dans une certaine mesure spécialement prescrite. La transformation exigée, résultant du processus d'ouvrison, est caractérisée de la manière suivante: sur la liste des tarifs douaniers, la marchandise en cause passe d'une catégorie de produits dans une autre (changement de position tarifaire). Si elle n'obtient pas, lors de son ouvrison en Suisse, le changement tarifaire prescrit, cette marchandise doit acquitter, lors de son entrée dans la CEE, des droits de douane correspondant à ceux qui sont prélevés sur les produits en provenance de pays tiers extra-européens.

Les règles d'origine que prévoit l'accord liant la Suisse et la CEE ont certaines conséquences fâcheuses pour les pays en voie de développement. En admettant qu'un fabricant suisse de produits textiles entende exporter, à destination de la CEE, des vêtements d'homme, de femme ou d'enfant, de la lingerie, des cravates et des chemises par exemple, ce chef d'entreprise pourra, grâce au traité de libre-échange, bénéficier d'allègements douaniers puis de l'exonération des droits de douane à partir de 1977, mais à la condition que ces vêtements soient considérés comme des produits originaires de Suisse. Cette origine est acquise lorsque l'ouvrison opérée en Suisse ou dans

un autre pays européen part du filé pour aboutir au vêtement terminé; mais cette origine n'est plus admise lorsque l'ouvraison a pour point de départ un échelon intermédiaire, par exemple des tissus ou des étoffes non-confectionnées. Si le fabricant suisse se fournit de tissus et d'étoffes dans un pays du tiers monde, qu'il les ouvre en Suisse pour en faire des vêtements et les exporte ultérieurement dans les pays de la CEE, il devra, en dépit de la franchise douanière, accepter que des droits de douane CEE viennent se greffer sur eux (au tarif des droits de douane extérieurs de la CEE, applicables aux vêtements) pour la seule raison que ces habits ne sont pas considérés comme produits originaires de Suisse. En revanche, s'il se procure les tissus dont il a besoin dans un autre pays d'Europe, il lui est possible d'ajouter à son ouvraison le stade de transformation antérieur (le tissage des filés); en pareil cas, les vêtements passent pour des produits suisses et n'ont plus à acquitter de droits de douane.

Quiconque s'est procuré jusqu'à présent dans un pays du tiers monde les tissus nécessaires à la fabrication de vêtements sera probablement contraint soit d'effectuer lui-même le tissage des filés, soit de s'approvisionner en tissus dans un pays européen. De la sorte, on ne commandera plus les tissus eux-mêmes dans les pays en voie de développement, mais tout au plus les filés, c'est-à-dire le produit à son stade antérieur, voire les fibres textiles brutes. Cela signifie que l'on va retirer aux pays du tiers monde une possibilité d'ouvrir leurs produits bruts bien qu'ils aient le plus grand besoin de cette possibilité en raison de l'énorme sous-emploi dont souffre leur main-d'oeuvre. D'ailleurs, ce n'est pas seulement dans l'exemple ci-dessus que se manifeste ce préjudice imposé aux pays du tiers monde; il s'étend à des centaines d'autres produits encore. Cela représente surtout, pour de nombreux produits semi-ouvrés, une restriction imposée aux possibilités d'exportation futures de ces pays, et non pas à leurs seules possibilités d'exportation actuelles.

A l'heure qu'il est, nous ne pouvons estimer exactement l'ampleur de ce détournement des circuits commerciaux ni prévoir ce qu'elle sera à l'avenir. Il est évident que, si l'intégration économique de l'Europe encourage et favorise la division du travail sur notre continent, elle empêchera du même coup les Etats tiers, situés hors d'Europe, de participer à l'expansion du commerce des produits ouvrés.

Il est aussi patent que les règles dites d'origine et les dispositions cumulatives, désormais en vigueur au sein de la CEE, vont empêcher les pays en voie de développement d'utiliser une partie des privilèges doua-

niers qui leur ont été consentis dans le cadre du système général de préférences. Car il n'est plus tenu compte, aux stades ultérieurs de l'ouvrison des produits, du fait que les matières ou substances utilisées à cette fin ont droit à ces préférences ou n'y ont pas droit. Cela signifie, dans l'exemple ci-dessus, que la CEE ne tient aucun compte du fait que le tissu utilisé par le fabricant suisse provient d'un pays du tiers monde ou d'ailleurs. Lorsque les vêtements confectionnés par lui franchiront la frontière suisse, la CEE prélèvera un droit de douane même si elle aurait pu accorder, en cas d'importation directe de ce genre de tissus, un avantage en matière douanière, ou même l'exonération intégrale des droits de douane.

Réponse du Conseil fédéral:

1. La part prise par les pays en développement au commerce international est en légère régression; elle est en effet tombée de 20,8 % en 1962 à 17,6% en 1970. Il faut toutefois analyser de plus près cette évolution générale. Alors que pendant cette période l'ensemble des exportations mondiales augmentait - selon une étude publiée récemment par le Secrétariat de la CNUCED - en moyenne de 10,4 % par année (soit de 141 à 311 milliards de dollars aux prix du marché), le taux de croissance annuel des exportations réalisées par les pays en développement a atteint 8,0 % (de 29,5 à 54,7 milliards de dollars). Cette tendance a été due en premier lieu à l'évolution de l'offre et de la demande des produits de base, qui constituent toujours l'essentiel des exportations des pays en développement, même s'ils n'en contribuaient plus que 82 % en 1970 au lieu de 89 % en 1962.

On sait, cependant, que ces derniers temps les conditions sur la plupart des marchés des produits de base ont subi de profondes modifications. Les prix de nombreuses matières premières importantes ont fortement augmenté; c'est ainsi que l'indice Reuter des produits de base, qui se réfère aux marchandises négociées à Londres, marquait à la mi-juillet 1973 une hausse de 80 % par rapport à l'année précédente, phénomène qui n'avait plus été observé depuis l'époque de la guerre de Corée. Il est donc à prévoir que dans peu de temps cette évolution se traduira par une amélioration de la part du commerce mondial revenant aux pays en développement. Toutefois, il est difficile de dire si la hausse persistera sur ces marchés de matières premières. On ne peut en outre guère s'attendre à ce qu'elle déclenche dans les pays concernés un processus d'amélioration de la structure générale de la production.

Limitée au commerce des produits industriels, qui sont tout particulièrement concernés par la seconde question de l'interpellateur, l'analyse se présente sous un tout autre jour. Dans ce domaine, les exportations des pays en développement ont constamment augmenté entre 1962 (3,1 milliards de dollars) et 1970 (9,6 milliards de dollars). Elles ont plus que triplé au cours de cette période, alors que l'ensemble des exportations mondiales passait de 75 à 190 milliards de dollars. En effet, la part des produits industriels dans les exportations des pays en développement est montée de 11 à 18 % entre 1962 et 1970. En moyenne annuelle, les exportations de produits industriels originaires de pays en développement ont augmenté plus rapidement (15,2 %) que celles des autres pays. De ce fait, la part prise par les pays en développement aux exportations mondiales de produits industriels a passé de 4,1 % en 1962 à 5,1 % en 1970. On peut admettre que cette part encore relativement modeste continue de s'accroître au cours des prochaines années. Ces chiffres globaux dissimulent toutefois l'existence de différences parfois considérables d'un pays à l'autre. Tous les pays en développement ne se trouvent pas sur le chemin de l'industrialisation et, pour certains d'entre eux, la situation ne s'est guère améliorée ces dernières années.

L'évolution du commerce extérieur des pays en développement apparaît sous un jour encore plus favorable lorsque l'on considère uniquement les expéditions de produits industriels à destination des pays industrialisés à économie de marché. En 1970, les pays en développement leur ont livré des produits industriels représentant une valeur de 5,8 milliards de dollars, contre 1,64 milliard en 1962. Pendant cette période, les pays industrialisés occidentaux ont donc multiplié par trois et demi le montant de leurs achats de produits manufacturés aux pays en développement.

Aux yeux du Conseil fédéral il est hautement souhaitable que la part des pays en développement à la croissance du commerce mondial soit assurée. Aussi, lors des prochaines négociations du GATT, la Suisse examinera favorablement toutes mesures concrètes destinées à améliorer la position des pays en développement. Mais le bref survol que nous venons de faire de l'évolution des dix dernières années montre précisément que cet objectif a été atteint dans le secteur principalement visé par l'interpellation.

2. De par sa nature, une zone de libre-échange formée de pays à tarifs douaniers extérieurs différents nécessite l'application d'un système de contrôle de l'origine destiné à éviter des détournements de trafic. De plus, il était indispensable pour la CEE et ses partenaires au libre-échange d'élaborer à cet effet des règles d'origine uniformes. On s'est efforcé de mettre sur pied un système qui soit neutre dans ses répercussions sur les pays tiers. Car, dans ce domaine, les Etats signataires des accords de libre-échange se devaient d'agir de manière particulièrement circonspecte, ne serait-ce qu'en raison de l'obligation qu'ils avaient de soumettre les accords de libre-échange aux parties contractantes du GATT.

Le Conseil fédéral estime que les règles d'origine ne devraient pas avoir d'effets négatifs pour les pays en développement. Toutefois, seule la pratique montrera en définitive si elles se répercuteront malgré tout dans le sens redouté par l'interpellateur. Les exemples cités à l'appui de l'interpellation et tirés du secteur de l'industrie de l'habillement n'autorisent pas pour l'instant de telles conclusions. A notre connaissance, il était déjà relativement rare avant la conclusion de l'accord que des entreprises suisses fabriquent, à partir de demi-produits ayant déjà subi une ouvraison importante dans des pays en développement, des articles destinés à l'exportation dans l'espace de libre-échange européen. L'essentiel des exportations des pays en développement à destination de la Suisse consiste en matières de base, ou alors en vêtements entièrement confectionnés, surtout pour les pays d'Extrême-Orient - mais dans ce dernier cas, la Suisse est de toute façon le pays de consommation finale.

Si néanmoins, et contre toute attente, certains effets secondaires des règles d'origine établies par les accords entre pays de l'AELE et Communautés européennes devaient effectivement affecter sensiblement les possibilités d'exportation de pays tiers, les accords réservent la possibilité de réexaminer les règles d'origine après une certaine période initiale. Les Etats participant au libre-échange européen ont donc les moyens institutionnels de résoudre en commun les problèmes concrets qui pourraient se poser dans les domaines visés par l'interpellateur.

3. L'article 6, lettre c, de la loi fédérale sur la coopération du développement et l'aide humanitaire, actuellement en discussion, ne fournit pas, de l'avis du Conseil fédéral, de base juridique lui permettant d'intervenir dans ce domaine. En effet, la question est réglée par l'accord de libre-échange conclu avec la CEE.